

## *Die NABU-Umweltverträglichkeitsprüfung der Landtagskandidatinnen und -Kandidaten bei der Landtagswahl 2016*

### Neckar-Odenwald-Kreis (WK 38)

**1. Streuobstwiesen und Wiesen mit Salbei und Margeriten sind voller Leben: Sie gehören zu den artenreichsten Lebensräumen Europas und bilden Grüngürtel um viele Siedlungen in unserer Region. Baden-Württemberg hat eine besondere Verantwortung für diese Ökosysteme.**

**Werden Sie dafür sorgen, dass Streuobstwiesen gesetzlich geschützt werden?**

Simone Heitz (Die Grünen): Ja, ich werde dafür sorgen, dass Streuobstwiesen als wichtiges Landschaftselement, Schutz des dörflichen Kleinklimas und Garant für Artenreichtum unter Schutz gestellt werden.

Georg Nelius (SPD): Ja. Im Übrigen hat die Landesregierung ein Förderprogramm zum Erhalt der Streuobstwiesen erfolgreich platziert.

Jens Brandenburg (FDP): Ich unterstütze eine gezielte Förderung von Streuobstwiesen, halte das bürokratische Naturschutzgesetz aber für das falsche Mittel.

Peter Hauk (CDU): Nein für einen gesetzlichen Schutz der Streuobstwiesen würde ich mich nicht einsetzen. Jedoch würde ich mich stärker dafür einsetzen, dass Eigentümer bei der Pflege der Streuobstwiesen sowie Gemeinden zum Ankauf und zur Pflege von Streuobstwiesen Pflege bezuschusst werden.

**2. Der NABU fordert, dass der Ausbau von Wind- und Solarenergie naturverträglich stattfindet. Konflikte mit Vögeln oder Fledermäusen sind zu vermeiden.**

**Werden Sie dafür sorgen, dass alte und naturnahe Wälder - die bevorzugten Lebensräume der Fledermäuse - beim Ausbau tabu sind? Werden Sie sich dafür einsetzen, mehr Geld in Forschung und Monitoring zum Artenschutz bei Windenergieanlagen zu investieren?**

**Werden Sie sich für ein EU-Vogelschutzgebiet im Odenwald zum Schutz des Schwarzstorches einsetzen?**

Simone Heitz (Die Grünen): Wir brauchen eine Energieerzeugung aus 100% regenerativer Energie, Windenergie ist ein wichtiger Baustein davon, da sind wir uns einig. Eine Abwägung mit Artenschutzkriterien muss stattfinden, rote Liste Arten sind ohne wenn und aber zu schützen, deshalb setze ich mich dafür ein mehr Geld in Forschung und Monitoring zu

investieren, denn wir haben Verantwortung. Wir haben in Neckar-Odenwald-Kreis das größte Schwarzstorchaufkommen in Baden-Württemberg und daher auch hier Verantwortung. Nach EU-Vogelschutzrichtlinie gehört der Schwarzstorch zu den besonders schutzwürdigen Arten. Eine Abrundung zum hessischen EU-Vogelschutzgebiet begrüße ich. Ein lang gehegter Wunsch von mir ist ein Biosphärenreservat Odenwald.

Georg Nelius (SPD): Grundsätzlich kann ich alle Fragen mit Ja beantworten, weil sie für sich betrachtet, sinnvoll sind. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass die „reine Lehre“ in der Politik immer wieder auf konträre aber notwendige andere Nutzungskonzepte stößt. Bei meinen Entscheidungen steht immer eine höchstmögliche Umweltverträglichkeit im Mittelpunkt.

Jens Brandenburg (FDP): Ja, der Natur- und Tierschutz muss beim Ausbau der Windenergie wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Daher unterstütze ich Ihre Forderungen. Für das EU-Vogelschutzgebiet im Odenwald werde ich mich einsetzen.

Peter Hauk (CDU): Ihre Fragen kann ich alle mit ja beantworten. Der Ausbau von Solar und vor allem Windenergie muss im Einklang mit Natur, Tieren UND mit dem Menschen geschehen. Einen willkürlichen Ausbau von WKAs in windschwachen Gebieten, wie im NOK, wird es unter einer CDU-geführten Politik nicht geben. Die Politik unter Grün-Rot ist in dieser Hinsicht eine reine Symbolpolitik und die Kommunen spielen dieses Spiel mit, weil sie bei diesen finanziellen Rahmenbedingungen zuschlagen „müssen“.

**3. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Naturschutzverwaltung personell gestärkt wird? Nur eine leistungsfähige Naturschutzverwaltung kann die ambitionierten Maßnahmen der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg umsetzen.**

Simone Heitz (Die Grünen): Ja, die Naturschutzverwaltung ist mindestens seit der Teufelschen Verwaltungsreform unterbesetzt. Wir brauchen Personal um die Naturschutzstrategie umzusetzen, aber auch um die Umsetzung der Ausgleichsflächen zu kontrollieren.

Georg Nelius (SPD): Ich denke, dass in den letzten Jahren die Naturschutzverantwortung personell gestärkt wurde. Es gilt nun, diesen Prozess zu verstetigen.

Jens Brandenburg (FDP): Ich bitte um Verständnis, dass ich keine Ausgabenerhöhungen verspreche, die angesichts knapper Mittel voraussichtlich nicht eingehalten werden können.

Peter Hauk (CDU): Kurz und knapp: Ja!

**4. Gerade in Agrarökosystemen schwindet die biologische Vielfalt dramatisch. Setzen Sie sich dafür ein, dass ein Aktionsprogramm "Landwirtschaft und biologische Vielfalt" umgesetzt wird?**

Simone Heitz (Die Grünen): Ja. Ein Aktionsprogramm "Landwirtschaft und biologische Vielfalt" ist dringend nötig. Persönlich bin ich deshalb auch an einer solidarischen Landwirtschaft beteiligt, die samenechte Sortenvielfalt garantiert. Und vergesst bitte nicht die Christbäume, die inzwischen als Landwirtschaft gelten und unter höchstem Pestizideinsatz angebaut werden.

Georg Nelius (SPD): Landwirtschaft und biologische Vielfalt schließen sich nicht aus. Alle Maßnahmen, die dies stärker ins Bewusstsein rücken, unterstütze ich.

Jens Brandenburg (FDP): Die Idee erscheint mir sinnvoll. Vorbehaltlich einer genaueren Prüfung werde ich mich dafür einsetzen.

Peter Hauk (CDU): Ja, aber in Zusammenarbeit mit den Landwirten

**5. Werden Sie sich für eine konsequente Umsetzung des neuen Landesjagd- und Wildtiermanagementgesetzes einsetzen? Das neue Jagdrecht birgt aus Sicht des NABU wichtige Fortschritte im Tier- und Naturschutz, wie das Fütterungsverbot, das Verbot der Fallenjagd und die Einführung einer Wildruhe.**

Simone Heitz (Die Grünen): Ja. Selbstverständlich werde ich mich für eine konsequente Umsetzung des neuen Landesjagd- und Wildtiermanagementgesetzes einsetzen.

Georg Nelius (SPD): Das neue Jagdgesetz wird umgesetzt und auch entsprechend überprüft. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden auch Auswirkungen auf die nach wie vor sensiblen Bereiche wie Fütterungsverbot, Verbot der Fallenjagd und Einführung einer Wildruhe haben.

Jens Brandenburg (FDP): Dem neuen Jagdrecht stehe ich kritisch gegenüber - u.a., weil es keine praxistauglichen Wildschadensregelungen vorsieht.

Peter Hauk (CDU): Teilweise, denn einige Bereiche müssen hier überarbeitet werden.

**6. Die transatlantischen Freihandelsabkommen schwächen europäische Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz, gefährden Demokratie, Rechtsstaat und Kulturförderung. Baden-Württemberg kann im Bundesrat seine Stimme erheben. Werden Sie dafür sorgen, dass die baden-württembergische Landesregierung TTIP und CETA konsequent eine Absage erteilt, damit EU-Standards im Verbraucher- und Gesundheitsschutz bestehen,**

**Vorsorgeprinzip und Daseinsvorsorge unangetastet bleiben und es keinen Einsatz von Agro-Gentechnik geben wird ?**

Simone Heitz (Die Grünen): Ja, ich teile die Einschätzung, dass TTIP und CETA europäische Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz schwächen, allein schon durch die Art der Verhandlungen Demokratie und Rechtsstaat aushebeln. Das halte ich für unerhört und unakzeptabel. Ich stehe dafür, dass Vorsorgeprinzip und Daseinsvorsorge unangetastet bleibt und ich lehne Agro-Gentechnik ab.

Georg Nelius (SPD): Die Position der SPD zu TTIP – beschlossen am 12.12.2015 – heißt zusammengefasst: Freihandel ja – aber nur mit fortschrittlichen Regeln. Konkret bedeutet dies, Zustimmung nur, wenn sichergestellt wird, dass bewährte europäische Standards bei Arbeitnehmerrechten, Daseinsvorsorge, Verbraucher- und Umweltschutz sowie Wahrung der kulturellen Vielfalt erhalten bleiben. Keine privaten Schiedsgerichte, sondern öffentlich-rechtliche Institutionen. Einbindung der nationalen Parlamente in die Verhandlungen. Kündigungsmöglichkeit der Abkommen. Stärkere Regelung der globalisierten Finanzmärkte. Die nationalen Parlamente und das Europaparlament müssen die Abkommen ratifizieren. Zwischenzeitlich sind die sozialdemokratischen Reformvorschläge von der EU-Kommission aufgegriffen worden und werden nicht nur bei den TTIP-Verhandlungen, sondern auch bei CETA mit der neuen kanadischen Regierung verhandelt.

Jens Brandenburg (FDP): Nein. Die Freihandelsabkommen werde ich letztlich inhaltlich bewerten. Ein großer Teil der aktuellen Befürchtungen sind aber nicht berechtigt. Gerade im Verbraucher- und Gesundheitsschutz haben die USA teilweise einen deutlich höheren Standard.

Peter Hauk (CDU): Nein. Die grün-rote Landesregierung hat bereits ihre grundsätzliche Beurteilung zu TTIP beschlossen, welche mit Einschränkungen positiv ist. Dieser Beurteilung schließt sich die CDU in Baden-Württemberg an.